

Position der Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) zur aktuellen Energiepreissituation in Deutschland und Europa (Februar 2022)

1. Allgemein

Strom und Brennstoffe sind für die energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) zentrale Produktionsfaktoren. Die Höhe der Energiekosten entscheidet in erheblichem Maße auch über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die EID betrachten deshalb die derzeitigen Entwicklungen an den Energiemärkten für Strom und Erdgas mit großer Sorge.

Unternehmen der energieintensiven Industrien in Deutschland geraten aufgrund hoher Energiekosten in finanzielle Bedrängnis. Dies kann, beispielsweise in mittelständischen Firmen, existenzbedrohende Auswirkungen haben. In einzelnen Fällen ruht bereits die Produktion oder wurde gedrosselt, da zum Beispiel langfristige Lieferverträge seitens der Versorger nicht erfüllt wurden und die damit eigentlich erforderliche kurzfristige Beschaffung der benötigten Energiemengen an den außergewöhnlich stark verteuerten Spotmärkten wirtschaftlich nicht darstellbar ist. Die aktuelle Situation betrifft aber darüber hinaus auch die langfristige Beschaffung an den Terminmärkten: Die Nachwirkungen der derzeitigen Lage an den Energiemärkten können auch 2025 noch zu einer erheblichen Erhöhung der Energiekosten im Vergleich zu bisher wettbewerbsfähigen Preisen führen. Daher ist zu befürchten, dass es sich nicht um einen kurzzeitigen unter anderem corona-bedingten Effekt handelt, sondern sich auch mittelfristig die Wettbewerbsbedingungen für die energieintensiven Industrien verschlechtern.

Gleichzeitig stehen energieintensive Branchen in besonderer Weise vor der Herausforderung, ihre Prozesse zukünftig klimaneutral zu gestalten, um die ambitionierten Klimaziele für 2030 und 2045 zu erreichen. Zukunftstechnologien wie die Elektrifizierung mit erneuerbar hergestelltem Strom, der Umstieg von Kohle und Gas auf grünen Wasserstoff und Biomasse oder die Abscheidung von CO₂ gehen häufig mit einem erheblich steigenden thermischen und elektrischen Energiebedarf einher.

Angesichts dieser Entwicklungen sind aus Sicht von EID kurz- und mittelfristige Maßnahmen wie der vollumfängliche Erhalt und Ausbau bestehender Entlastungsregelungen für die energieintensive Industrie im Energie- und Klimabereich erforderlich.

Neben der internationalen Situation gegenüber außereuropäischen Wettbewerbern muss dabei auch das Level-Playing-Field innerhalb Europas betrachtet werden.

Andere EU-Mitgliedstaaten streben derzeit bereits kurzfristige Entlastungsmaßnahmen für die Industrie an. Sollten diese umgesetzt werden ohne dass Deutschland handelt, kann sich daraus ein weiterer signifikanter Wettbewerbsnachteil für die energieintensive Industrie hierzulande ergeben.

2. Kurzfristige Maßnahmen

Die „Tool-Box“ der EU bekräftigt die Möglichkeit, Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen oder Industriezweige unter angemessener Nutzung des Spielraums des EU-Beihilferecht zu ergreifen. In diesem Rahmen sollten kurzfristig folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Härtefall-Regelung: Um drohende Insolvenzen und Liquiditätsengpässe zu vermeiden, sollten schnell geeignete Soforthilfen – etwa in Form von Zuschüssen oder KfW-Krediten – für betroffene Unternehmen bereitgestellt werden.
- Unternehmen, die in der aktuellen Situation als Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS) eingestuft werden, sollten unabhängig von dieser Einstufung weiterhin die Entlastungstatbestände in Anspruch nehmen können.
- Dialogprozess: Die Bundesregierung sollte kurzfristig mit der Wirtschaft in einen Dialog treten, um konkrete weitergehende Maßnahmen zu erörtern. Diese sollten nicht hinter die Maßnahmen anderer EU-Mitgliedstaaten zurückfallen.

3. Mittel- und langfristige Perspektive für die energieintensive Industrie in Deutschland

Geopolitische Spannungen, eine erhöhte Gasnachfrage und längere Kälteperiode, geringeres Windaufkommen in 2021, Corona-bedingte Verwerfungen auf den internationalen Energiemärkten sowie falsche Kalkulationen bezüglich Gasspeicherbefüllungen sind unterschiedliche Auslöser für die hohen Gas- und damit auch Strompreise. Hinzu kommen strukturelle Faktoren in Deutschland wie der doppelte Ausstieg aus der Atom- und Kohlekraft bei gleichzeitig nach wie vor schleppendem Ausbau erneuerbarer Kapazitäten und historisch hohen CO₂-Preisen. Parallel zu erneuerbaren Energieträgern hat zudem der Anteil von Erdgas am deutschen Primärenergieverbrauch in den letzten 30 Jahren kontinuierlich zugenommen.

Ein langfristiger Beitrag zur Standortsicherung der energieintensiven Industrie in Deutschland ist vor diesem Hintergrund die weitere Diversifizierung des deutschen Energiemixes, etwa durch den **beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien inkl.**

entsprechender Netze und durch Importe von **Wasserstoff und treibhausgasarm erzeugten Brenn- und Kraftstoffen**. Beides ist jedoch kurz- und mittelfristig keine Abhilfe bei bedrohlich hohen Energiekosten.

Mit Blick auf die kommenden Jahre ist vielmehr entscheidend, dass die bestehenden **Entlastungsregelungen für energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb in vollem Umfang beibehalten** und zur Unterstützung der Transformation erweitert werden. Hierzu zählen etwa die vorgesehene Nachfolgeregelung der Besonderen Ausgleichsregelung, die Strompreiskompensation sowie Energie- und Stromsteuerentlastungen, die lediglich einen Teil der Zusatzkosten kompensieren, die in Deutschland u.a. durch den Umbau der Energieversorgung entstehen, und die Wettbewerber im inner- wie auch außereuropäischen Ausland nicht oder nur in wesentlich geringerem Umfang zu tragen haben. Ein Rückbau dieser Entlastungstatbestände und damit eine weitere Aufbürdung staatlich bedingter Zusatzkosten würden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie schädigen und vermehrt zu Abwanderung und Vernichtung von Wertschöpfung vor Ort führen („Carbon- und Investment-Leakage“). Dies gilt umso mehr angesichts der derzeit europaweit hohen Energiemarktpreise.

Neben dem Erhalt bestehender Entlastungsregime ist es aus Sicht von EID dringend notwendig, die **in Aussicht gestellten weiteren Entlastungsregelungen** zeitnah umzusetzen. Zudem gilt es, die bestehenden und dringend benötigten Entlastungsregelungen beizubehalten, damit keine weiteren **energiewendebedingten Zusatzkosten** auf die energieintensive Industrie zukommen:

- Umsetzung des Ausgleichsinstruments für die energieintensive Industrie bezüglich höherer Strompreise durch den sukzessiven Kohleausstieg (Einführung bereits in § 55 (5) KVBG gesetzlich bis Ende 2020 vorgesehen, aber bisher ausstehend).
- Begrenzung des energiewendebedingten Anstiegs der Stromnetzentgelte (z.B. durch den Bundeszuschuss, wie mit § 24a EnWG im Rahmen des Kohleausstiegs vorgesehen). Zudem besteht durch den Kohleausstieg Handlungsbedarf bei den individuellen Netzentgelten durch Änderungen am physikalischen Pfad, wie dies auch der Bundesrat in seinem Beschluss vom 25.06.2021 (Drucksache 441/21) aufgegriffen hat.
- Fortführung des Spitzenausgleichs: Der Spitzenausgleich endet nach 2022. Die energieintensiven Unternehmen haben die große Sorge, dass nicht rechtzeitig eine Nachfolgeregelung geschaffen wird und somit eine Regulierungslücke entsteht. Der Spitzenausgleich sollte zunächst für zwei Jahre verlängert werden.

- Fortführung der Ausnahme mineralogischer Prozesse in der EU-Energiesteuerrichtlinie: Mit ihrem Entwurf zur Novelle der EU-Energiesteuerrichtlinie schlägt die europäische Kommission vor, elektrolytische, chemische und metallurgische Prozesse weiterhin von der Energiebesteuerung auszunehmen. Dies ist notwendig, um massive Belastungen für die prozessbedingten Verbräuche zu verhindern. Es sollten jedoch weiterhin wie bisher auch mineralogische Prozesse mit berücksichtigt werden.
- Zeitnaher Erlass der Verordnung zur ex post-Erstattung des nationalen CO₂-Preises für Anlagen im EU-Emissionshandel nach § 11 Abs. 2 BEHG, um hohe Belastungen für die Liquidität der Unternehmen zu verhindern.

Die energieintensive Grundstoffindustrie ist Ausgangspunkt der zentralen industriellen Wertschöpfungsketten in Deutschland und stellt Produkte und Werkstoffe her, die den Wohlstand erhalten und Klimaschutz überhaupt erst möglich machen. Eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik muss der Industrie in Deutschland daher langfristig attraktive Standortbedingungen bieten, denn nur so werden die erforderlichen Investitionen in klimafreundliche Technologien hier getätigt. **International wettbewerbsfähige Energiepreise sind daher eine Voraussetzung für eine klimaneutrale und wettbewerbsfähige Industrie.**